

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 4

Artikel: Sozialdemokraten ohne Visionen
Autor: Stibler, Linda
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialdemokraten ohne Visionen

Wer sind die neuen Sozialdemokraten? Es ist eine simplifizierende Frage, weil es natürlich den Sozialdemokraten oder die Sozialdemokratin nicht gibt. Es ist vielmehr zum Merkmal der Partei geworden, dass sie aus lauter Einzelkämpferinnen

Linda Stibler

und Einzelkämpfern, Individualistinnen und Individualisten zusammengesetzt ist.

Aber was eint sie denn in der Idee? Das Wort Sozialismus haben die meisten von ihnen aus ihrem Vokabular gestrichen oder sie erinnern sich in einer sentimentalen Stunde daran. Klassenbewusstsein? Klassenkampf? Ach wo, das sind doch alte Hüte von vorgestern. Wirkliche Arbeiter gibt es schon lange nicht mehr. Das Proletariat ist ein ideologischer Begriff. Wir sind längst auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft, glauben sie. Ihre eigene Erfahrung scheint es zu belegen: Sie gehören nicht mehr zu den Verdammten dieser Erde, sie sind selbstbewusst, tüchtig und leistungsbereit; sie haben einiges gelernt, sind geistig beweglich und geraten nicht in Gefahr, arbeitslos zu werden. Sollte es doch einmal passieren, dann ist das ein Irrtum, der hoffentlich schnell zu korrigieren ist, sonst müsste man einen Gedanken daran verschwenden, was es bedeutet, wenn man nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat.

Nein, es geht mir nicht darum zu spotten oder zu polemisieren. Es gibt nichts daran

auszusetzen, dass Linke sich zu den Gebildeten zählen. Das war immer so. Auch die klassenbewussten ArbeiterInnen waren gebildet. Sie haben sich ihre Bildung unter erschwerten Umständen angeeignet. Es geht mir auch nicht darum, einen künstlichen Gegensatz zwischen Intellektuellen und gewöhnlichen Leuten herbeizureden. Noch weit absurder wäre es, Leute zu beschämen, die ihre Arbeitskraft unter den gegebenen – real existierenden kapitalistischen – Umständen teuer verkaufen und im Wohlstand oder zumindest ohne materielle Sorgen leben können.

Das alles wäre jedoch kein Hinderungsgrund, sich über die Wurzeln der bestehenden und sichtbaren Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft und über die Zusammenhänge mit den Konflikten in dieser Welt Klarheit zu verschaffen.

Zugegeben, die Verhältnisse sind nicht einfacher geworden. Die Klassengesellschaft des 20. Jahrhunderts weicht einer völlig anders geschichteten Klassengesellschaft, in der es kaum mehr traditionelle Mittelschichten gibt, aber die Einkommensdifferenzen immer grösser und immer krasser werden und vor allem das Wohlstandsgefälle zwischen der «ersten» und der Dritten Welt nicht etwa ab-, sondern zugenommen hat, obwohl alle Industrienationen seit mindestens vier Jahrzehnten beteuern, dass die Entwicklung und die Besserstellung der armen Länder eines ihrer wichtigsten weltpolitischen Anliegen sei.

**Der Prozess der
wirtschaftlichen
Globalisierung,
sagen sie,
sei nicht
aufzuhalten.
Und unsere
entideologisierten
Genossinnen und
Genossen
liessen sich
einschüchtern.**

Es ist auch deshalb schwieriger, weil die Akteure der Ausbeutung gar nicht mehr so leicht identifizierbar sind, wie das noch vor wenigen Jahrzehnten möglich war, als man die rücksichtslosen Profitgeier tatsächlich noch beim Namen nennen konnte. Wer sind denn heute die treibende Kräfte? Jene hochbezahlten Manager, deren Löhne jenseits von irgend einer angemessenen Leistungsentschädigung liegen? Oder sind es die Kapitaleigner, die Shareholder, die jene zu immer fragwürdigeren und kurzsichtigeren Aktionen drängen? Wer aber sind die Shareholder? Vielleicht sind wir da mitbeteiligt, mit eigenem Ersparnissen oder völlig ausgeliefert als Mitglieder von Pensionskassen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen. Was, wenn die Wirtschaft, die zurzeit von Spielern und Abenteurern angetrieben wird, plötzlich in sich zusammenfällt, weil unendliches Wachstum auch aus ökologischen Gründen gar nicht möglich ist – und das wissen wir alle spätestens seit den siebziger Jahren, als die «Grenzen des Wachstums» ins Bewusstsein rückten. Der gnadenlose internationale Konkurrenzkampf und der damit zusammenhängende Verschleiss an Menschen und Material führt nicht etwa zu florierenden Volkswirtschaften, sondern zu ihrem Gegenteil – und im schlimmsten Falle zu Krieg. Und das wissen wir seit Marx.

Das Misstrauen vor «Ideologisierung», aber auch die Angst, mit den Regimes des ehemaligen Ostblocks, die sich sozialistisch nannten (es aber keineswegs waren – und auch diese Erkenntnis ist für uns nicht neu!), in einen Topf geworfen zu werden, lassen viele neue Sozialdemokraten auf grundsätzliche Überlegungen und eine darin verankerte politische Haltung verzichten. Sie politisieren lieber aus dem hohlen Bauch. Ihr wichtigstes Anliegen ist es, bei Wahlen möglichst gut abzuschneiden. Das ist ihnen – falls sie sich für ein Amt zur Verfügung stellen – nicht nur

ein persönliches Anliegen, sondern sie sind davon überzeugt, dass ein Zuwachs an Wähleranteil bereits einen grossen Erfolg für die Partei und die Linke insgesamt bedeute und sie der entscheidenden Macht näher bringe. So etwas kann nur glauben, wer sich nicht die grundsätzlichen Fragen über die demokratischen Einflussmöglichkeiten innerhalb einer kapitalistischen und weltweit agierenden Wirtschaft stellt. Diese Einflussmöglichkeiten waren immer schon begrenzt; im wichtigsten gesellschaftlichen Machtbereich – der Wirtschaft – wurde demokratische Mitentscheidung von Angestellten oder dem (oft ebenfalls betroffenen) gesellschaftlichen Umfeld immer bestritten und zurückgedrängt. Allenfalls war sie noch im Konsens von gemeinsamen nationalen Interessen möglich. Immer mehr politische Entscheidungsmacht wird jedoch heute von jenen Wirtschaftskreisen ausgeübt, die diese im Zuge der Neoliberalisierung den demokratischen Kräften aus der Hand geschlagen haben, indem sie die gesetzlichen Regulierungen politisch ausgehebelt haben. Sie haben das dadurch erreicht, dass sie die freie Marktwirtschaft als eine Art Naturgesetz darstellen. Der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung, sagen sie, sei nicht aufzuhalten und nicht beeinflussbar. Und unsere entideologisierten Genossinnen und Genossen liessen sich einschüchtern.

Deshalb haben sie sich in den vergangenen Jahren auch immer wieder mit den Wirtschaftsmächtigen zu arrangieren versucht. In diesem Arrangement haben sie alle politischen Bastionen kampflos preisgegeben, das heisst, sie haben für Privatisierungen aller Art Zugeständnisse ausgehandelt, um «das Schlimmste zu verhindern». Sie sind jedes Mal entgeistert, wenn sich diese Zugeständnisse als Makulatur erweisen, zum Beispiel bei den für den Staat angeblich gesicherten Mehrheitsanteilen (Swisscom u.a.), Lohn- und Arbeitsplatzgarantien (Zentralwäscheri

Basel) oder Mitspracherechten (z.B. Universitäten). Sie haben in den letzten Jahren alle die Sparübungen mitgetragen – vielleicht mal knurrend – im Allgemeinen aber ebenfalls, «um Schlimmeres zu verhüten». Wenn dann konsequenterweise die untersten sozialen Schichten die Zerche bezahlen müssen, lamentieren sie. Da hat die Gesellschaft versagt. Da müssen menschliche Lösungen gefunden werden, die das Unglück mindestens auf die Existenzminimumsebene zurückdrängt. Solidarität wird durch Mitleid und Almosenwirtschaft ersetzt. Eine läbliche Ausnahme bildet der Kampf gegen den Rassismus – gegen den tatsächlichen und gegen den vermeintlichen. Dafür nimmt ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin auch in Kauf anzuecken, besonders bei jenen kleinkarierten Bürgern, die immer arbeitsam, anpassungsfähig und untertäufig waren. Weit weniger beliebt ist es, sich mit jenen anzulegen, die mit ihrer internationalen Währungs- und Entwicklungspolitik, vor allem aber mit ihren Geldschiebereien und den Wirtschaftsbeziehungen zu korrupten Regimes die derzeitige Völkerwanderung ausgelöst haben und jetzt – als vielleicht unbeabsichtigte Folgeerscheinung – von den Immigranten als Billigstarbeiter profitieren.

Warum fürchtet sich die Sozialdemokratie, den Drohungen der globalisierten Wirtschaft auf den Grund zu gehen und sie allenfalls als Zwecklügen zu entlarven? Einerseits hat sich diese Wirtschaft von jeder gesellschaftlichen Kontrolle befreit, anderseits aber braucht sie den Schutz von stabilen Gesellschaften, die ihnen ein Stück Sicherheit im Heimathafen bieten. (Immer noch die alten imperialistischen Strukturen – Globalisierung hin oder her!) Wenn eine Firma wie Novartis immer mal wieder durchblicken lässt, dass sie ja auch den Standort wechseln kann, dann ist das reine Erpressung, die nur darum funktioniert, weil es genug Dumme gibt, die es glauben.

Was folgert daraus konsequenterweise für unser politisches Handeln? Müssten wir uns nicht endlich aus der Verantwortung nehmen für falsche wirtschaftspolitische Entscheide und den Widerstand organisieren? Ja, ich höre die Einwände: das führt mindestens kurzfristig nicht zum Erfolg. Nur mit Pragmatismus sei etwas zu erreichen. Man könne sich nicht gegen den Trend stemmen und müsse das zurzeit Machbare anvisieren.

Solidarität wird durch Mitleid und Almosen-wirtschaft ersetzt.

Ja, ich denke, dass auch pragmatisches politisches Handeln einen Stellenwert hat. In der Linken hat Pragmatismus aber immer dann zu Erfolgen und sozialen Errungenschaften geführt, wenn der ideelle Standpunkt klar definiert war – zum Beispiel in der Schweiz bei der Durchsetzung von Arbeitsgesetzen oder der Einrichtung der AHV. Er hat zu Rückschlägen geführt, wenn der eigene Machterhalt damit erkauft wurde, Dinge mitzutragen, die man nicht verantworten konnte. Es gibt dafür unzählige Beispiele aus der jüngeren europäischen Geschichte.

Auch wenn man durchaus ein Befürworter/eine Befürworterin von Konsenspolitik ist, gibt es Grenzen, die nicht überschritten werden sollten. Erfolgreich pragmatisch handeln kann also nur, wer eine politische Haltung und eine Vision davon hat, was er in Zukunft erreichen will.

Solche Visionen entstehen nicht im Pragmatismus der Alltagspolitik, sondern im Dialog mit jenen, die bereit sind, über Ursachen und Wirkungen des derzeitigen Unrechts nachzudenken und die auch den Mut haben, Utopien zu entwickeln. Das waren innerhalb der Sozialdemokratie historisch gesehen meistens die bewussten SozialistInnen, der linke Flügel. Dieser «linke Flügel» – den man vielleicht heute anders definieren müsste – existiert zwar noch, ist aber marginalisiert, weil er in den eigenen Reihen sys-

matisch übergangen wird. Das schmerzlichste Beispiel ist das neue Elektrizitätsmarktgesetz, das unter Mitwirkung von kompetenten Sozialdemokraten in seiner Ausgestaltung ein hervorragendes Gesetz sein könnte, aber um den Preis, der Privatisierung die Türen zu öffnen. Nie hat die Partei über die Grundsatzfrage der Preisgabe gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen und Güter debattiert, die sich heute noch in der öffentlichen Hand befinden. Ganz zu schweigen vom Umgang mit neuen Technologien in Medizin und Wissenschaft, an erster Stelle der Gentechnologie. Es ist inakzeptabel, dass sich Politiker der Sozialdemokraten als Vorreiter für solche Technologien betätigen und dabei noch behaupten, dass sie im Namen einer Mehrheit dieser Partei handeln, ohne dass je ein wirklich tragbarer Konsens über diese Frage in der Partei erreicht werden konnte.

Die Sozialdemokratische Partei hat viele gescheite und innovative Politikerinnen und Politiker, die in ihren Bereichen oft kompetent agieren, aber mit ihrer Basis nicht mehr vernetzt sind. Eine stattliche Anzahl der derzeit in der Öffentlichkeit agierenden Sozialdemokraten reden nicht mehr gerne mit ihren Genossinnen und Genossen an der Basis. Anscheinend haben sie zum Nachdenken keine Zeit mehr. Viel lieber reden sie zum Fenster hinaus, das heisst, ihre Botschaften sind medienorientiert. Dabei geht es mehrheitlich darum, das persönliche Image zu pflegen, anstatt unsere Anliegen in die

Öffentlichkeit zu tragen und unsere sachlichen oder ideellen Differenzen transparent zu machen. Grundsatzdebatten gehen sie mit allen Tricks aus dem Wege. Sie deklarieren in der Öffentlichkeit selbstherrlich (oder -dämlich) ihre eigene Meinung als allgemein gültige Meinung der Sozialdemokratischen Partei. Sie veröffentlichen peinliche Manifeste, die keine Parteibasis je diskutiert, geschweige denn abgesegnet hat.

Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, dass das politisch folgenlos bleibt. Unserer Wählerschaft mag dieser Wandel vielleicht lange Zeit undurchschaubar geblieben sein. Plötzlich aber wird das Fehlen einer grossen verbindenden Idee, die Kurzsichtigkeit der Perspektiven, der Mangel an Konsens offensichtlich. Die Sozialdemokratie ist keine Hoffnungsträgerin mehr. Und viele Leute werden sich angewidert abwenden und behaupten, die Politik sei ein Dreckgeschäft. Damit wird einer gefährlicher Entpolitisierung Vorschub geleistet.

Linda Stibler, geboren 1938, Journalistin und Erwachsenenbildnerin, arbeitete in den letzten 40 Jahren unter anderem in Zeitungsredaktionen, als Mitarbeiterin von Radio DRS, als Kurs- und Ausbildungsleiterin. Mitbegründerin der Journalistengewerkschaft SJV – heute Comedia. Seit 1972 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.